

Stand: 09.05.2026 18:36:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11439

"Nach den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts II: Düngerecht neu wagen, Konzept ohne rote Gebiete entwickeln!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11439 vom 14.04.2026



Antrag

der Abgeordneten **Tanja Schorer-Dremel, Petra Högl, Leo Dietz, Sebastian Friesinger, Dr. Petra Loibl, Thomas Pirner, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Kristan Freiherr von Waldenfels CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Nach den Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts II: Düngerecht neu wagen, Konzept ohne rote Gebiete entwickeln!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen,

- wie die Kommunikation zwischen Behörden und Landwirten künftig verbessert werden kann,
- wie Messstellennetze, Einzugsgebiete und hydrogeologische Besonderheiten fachlich fundiert und nachvollziehbar in das Monitoring einfließen können,
- wie die hydrogeologischen Grundlagen transparent dargestellt und erläutert werden,
- wie ein System implementiert werden kann, durch das die Betriebe durch einzelbetriebliche Nachweise eine besonders gewässerschonende Bewirtschaftung belegen und somit von einzelnen Auflagen befreit werden können.

Begründung:

Nach den Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts zu den vier bayerischen Musterverfahren gegen die Ausweisung der roten und gelben Gebiete und der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts in der Verwaltungsstreitsache Deutsche Umwelthilfe e. V. gegen die Bundesrepublik Deutschland sollte die Chance genutzt werden, um das Düngerecht neu zu wagen.

Die oben aufgeführten Prüfaufträge sollen dazu beitragen, ein rechtssicheres und den Vorgaben der Nitratrichtlinie genügendes System der Neuausrichtung des Düngerechts zu entwickeln, dass insbesondere das Prinzip der Verursachergerechtigkeit berücksichtigt.